

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
 □ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 13.

Charlottenburg, Freitag, den 1. April 1921.

48. Jahrg.

Das ab 1. April gültige Lohnabkommen.

Unterm 1. März d. J. war seitens unseres Vorstandes das vom 1. Januar ab gültige Lohnabkommen ordnungsgemäß ge-
 ändert worden.

In den Tagen vom 17. bis 19. März d. J. fanden in Dresden Verhandlungen zwischen den bisherigen Vertragsparteien über Abschluß eines neuen Lohnabkommens statt. Von unserem Ver-
 bande waren folgende Zahlstellen zur Delegation eines Ver-
 treters ersucht worden, bzw. hatten Vertreter delegiert: Zahlstelle
 Brattendorf (Kollege Hermann Luther); Breslau (Kol-
 lege Paul Riffer); Colditz (Kollege Otto Träger); Ems-
 horn (Kollege Karl Henseler); Elsterwerda (Kollege Al-
 fred Günther); Freiberg (Kollege Richard Bormann); Glu-
 menau (Kollege Paul Herker); Königszelt (Kollege Karl
 Heinel); Markt Leuthen (Kollege Franz Köll); Rudol-
 stadt (Kollege Viktor Triebiger); Schlierbach (Kollege Paul
 Gottschalk); Seib (Kollege Adam Prell); Zwickau (Kollege
 Hugo Müller).

Ferner waren vertreten die Gauleiter Hoffmann und Apel
 (Glimmenau), Bredow (Marktredwitz), Zahn (Wonn) und Grief-
 bach (Dresden).

Vom Vorstand nahmen teil die Kollegen Wollmann, Ger-
 den, Karl und Berndt, außerdem der Redakteur Schneider.

Aus einer größeren Anzahl von Zahlstellen waren Anträge
 eingegangen, die als Forderungen den Unternehmern unterbreitet
 werden sollten. Neben einer Lohnerhöhung, die teilweise bis zu
 50 Proz. gefordert, wurde verlangt, daß die sogenannte soziale
 Zulage ausgebaut, zum Teil auch, daß sie ganz abgeschafft und
 dafür eine gleichmäßige Erhöhung der Löhne eintreten sollte.
 Vom Vorstand waren folgende Forderungen formuliert und der
 Arbeitgeberorganisation unterbreitet worden:

Die bisherigen prozentualen Zuschläge zu den Effektiv-
 Löhnen:

Bis 1. Oktober 1920 geltend unterschiedlich 10 und 15 Proz.,
 und seit 1. Oktober 1920 geltend unterschiedlich weitere 5 bis
 10 Proz. sind für alle Arbeiter und Arbeiterinnen um weitere
 unterschiedliche Prozente zu erhöhen wie folgt:

	Groß-Berlin		Ortsklasse		
	I	IIa	IIb	III	
a) für alle Facharbeiter, Fach- arbeiterinnen und sonstigen Arbeiter und Arbeiterinnen im Akkordlohn	5%	6%	8%	10%	12%
b) für sonstige Arbeiter und Arbeiterinnen im Zeitlohn.	8%	10%	12%	16%	20%

Bei Aufstellung der Forderungen war zu erwägen, daß die
 wirtschaftliche Situation sich geändert hat. Die Lage der günstigen
 Konjunktur, wie sie in den Jahren 1919 und 1920 bestanden, haben
 einer Absatzkrise Platz gemacht, die bereits zu einer Weltwirt-
 schaftskrise sich auszuweiten droht, zum Teil schon ausgewachsen
 hat. Die vom Vorstand aufgestellten Forderungen sollten in der
 Hauptsache bisher bestandene Ungleichheiten beseitigen und die-
 jenigen Sparten unseres Berufes, die bei allen bisherigen Tarif-
 abschlüssen am ungünstigsten abgeschnitten, näher an die anderen
 Sparten heranbringen.

Vom „Arbeitgeberverband für die feinkeramische Industrie“
 war uns schon vorher mitgeteilt worden, daß auch er Forderun-
 gen aufgestellt hat, und zwar sollten in der Zahlung der „sozialen
 Zulage“ Änderungen eintreten, ferner werde über einen Lohn-
 abbau zu verhandeln sein; über die näheren Einzelheiten würde
 in Dresden unterer Verhandlungskommission das weitere gesagt
 werden.

Vom christlichen Keramarbeiterverband war gefordert wor-
 den eine Lohnerhöhung von 25 bis 40 Pf. pro Stunde. Das kam
 im Effekt so ziemlich auf daselbe hinaus wie unsere Forderun-
 gen. Im Interesse eines einheitlichen Vorgehens zogen die Ver-
 treter des Keramarbeiterverbandes ihre Forderungen zugunsten
 unserer Forderungen zurück. Die Vertreter der übrigen am Tarif-
 und Lohnabkommen beteiligten Organisationen hatten sich eben-
 falls für Anschluß an unsere Forderungen entschieden.

Die 13 Kollegen aus den Zahlstellen waren anfänglich der
 Meinung, daß der Vorstand bei Formulierung seiner Forderun-
 gen mehr Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse genommen,
 als sich nach den Umständen rechtfertigen lasse. Die Lage der fei-
 keramischen Industrie wäre im großen und ganzen durchaus keine
 präkäre, wie die im Vorjahre erzielten erheblichen Gewinne laut
 Ausweis der Aktiengesellschaften bewiesen. Das Interesse für den
 Tarifzustand könne nicht so weit gehen, daß lediglich nur deswegen,
 um keine tariflose Zeit eintreten zu lassen, auf alle Vorteile ver-
 zichtet werde, die gegenwärtig noch zu erreichen sind. Von einem
 Lohnabbau könne gar keine Rede sein, weil dafür noch alle Voraus-
 setzungen fehlen. Auf einer weiteren Lohnerhöhung, und zwar in
 einem höheren Ausmaße als in den Vorstandsanträgen enthalten,
 müsse unbedingt bestanden werden. Es hat harter Meinungs-
 kämpfe innerhalb der Delegation unseres Verbandes bedurft, um
 eine einheitliche Auffassung dahin zustande zu bringen, daß die
 vom Vorstand aufgestellten Forderungen die Grundlage für die
 Verhandlungen bilden sollen. Angefügt wurde noch die Forde-
 rung, im besetzten Gebiet die soziale Zulage in derselben Höhe
 zu zahlen wie im unbesetzten Gebiet.

In der nun folgenden Sitzung der Vertreter des Verbandes
 der Arbeitgeber der feinkeramischen Industrie mit den Vertretern
 der Arbeiterverbände wurde von der Arbeitnehmerseite beantragt,
 daß die Forderungen der Arbeitgeber erst einmal bekanntgegeben
 werden sollen, zumal die Arbeiterforderungen bereits der anderen
 Seite bekanntgegeben wurden.

Von der Arbeitgeberseite wurde daraufhin zunächst ein Bild
 entrollt, das die gegenwärtigen Verhältnisse in unserer Industrie
 darstellt. Einzelne Zweige der Keramindustrie können bei den
 heutigen Löhnen keinen genügenden Absatz ihrer Produkte mehr
 finden und demzufolge nicht mehr voll arbeiten. Dazu komme
 die Unsicherheit unserer wirtschaftlichen Verhältnisse infolge der
 außenpolitischen Schwierigkeiten. Wie die Ausfuhr sich weiter ent-
 wickeln wird, lasse sich im gegenwärtigen Moment nicht absehen.
 Ob bei Durchführung der von der Entente angekündigten Sank-
 tionen sich die Ausfuhrkontrolle noch aufrechterhalten lasse, wisse
 momentan noch niemand. Nur soviel sei gewiß, daß bei Auf-
 hören der Außenhandelskontrolle unvernünftige Zustände Platz
 greifen werden. Die Inlands-Verkaufspreise haben heute die Ge-
 stehungskosten nicht einmal gedeckt. Ohne Auslandsgeschäft wäre
 die Keramindustrie schon längst ins Stoden geraten. Sollte nun
 aber zu Inlandspreisen an das Ausland auch noch verkauft wer-
 den, dann sei dies nur möglich, wenn die Löhne herabgesetzt wer-
 den. Der Zeitpunkt hierfür sei jetzt gekommen. Es komme noch
 hinzu, daß auch eine teilweise Senkung der Lebensmittelpreise ein-
 getreten sei, so daß auch aus diesem Grunde die notwendig ge-
 wordene Lohnherabsetzung vorgenommen werden könne. Von der
 Arbeitgeberseite werde also verlangt:

Ein allgemeiner 5prozentiger Lohnabbau; für die in Akkord
 arbeitenden Facharbeiterinnen der Luxusbranche ein weiterer
 5prozentiger Abzug.

Bei der sozialen Zulage soll eine Änderung dahingehend
 eintreten, daß die Zulage für die Ehefrauen in Fortfall kommt,

bei Betriebs-Stilllegungen die Zulage nicht, bei Kurzarbeit nur anteilig nach den geleisteten Arbeitstagen gezahlt wird.

Der Kreis der Betriebe, in denen nach dem Tarif für die Luxusbranche entlohnt wird, müsse erweitert werden; erst von einer bestimmten Menge anderer Produkte, die neben Luxus in einem Betriebe erzeugt werden, soll der Charakter als Luxusfabrik aufhören.

Von Arbeitnehmerseite wurde demgegenüber betont, daß auch uns bekannt sei, daß sich die Verhältnisse geändert haben. Darauf sei bei Aufstellung unserer Forderungen aber schon genügend Rücksicht genommen worden. Die Industrie soll erst einmal ihre Kapitalreserven angreifen und eine Zeitlang auf die hohen Gewinne verzichten, dann könnte vielleicht der Zeitpunkt gekommen sein, in dem man über Lohnabbau reden könne. Gegenwärtig sei das aber noch nicht der Fall. Heute kann von einem Lohnabbau noch keine Rede sein. Wohl sind einige Lebensmittel an einer Reihe von Orten im Preise gesunken, an manchen Orten ist noch gar keine Preis senkung eingetreten. Das Existenzminimum werde doch nur von einem kleinen Teil der Arbeiter erreicht. Selbst wenn es anders wäre, müßte doch die Frage aufgeworfen werden, ob denn der Arbeiter unbedingt nur zum Minimum existieren darf und keinen Anspruch auf höhere Anforderungen ans Leben haben soll. Die Arbeitgeber sollen sich nicht zuerst an die Arbeiterlöhne halten, sondern gegen alle anderen Faktoren mit aller Energie wenden, die verteuern auf die Produktion einwirken. Die von uns aufgestellten Forderungen halten wir aufrecht; sie sind durchaus den heutigen Verhältnissen in der Industrie und nicht den Bedürfnissen der Arbeiter angepaßt, die ganz andere Forderungen gestellt hatten.

Nach einer sehr lebhaften Aussprache wurde die ganze Angelegenheit einer Kommission überwiesen, die im kleinen Kreise versuchen sollte, eine Plattform zu finden, auf der eine Verständigung möglich wäre.

Als Resultat der Kommissionsverhandlungen kam folgendes zustande:

Das bisherige Lohnabkommen wird unter folgenden Bedingungen verlängert:

1. Es bleibt bei den bisherigen ab 1. Oktober 1920 vereinbarten Mindestlöhnen, Wirtsdosen und Lohnzuschlägen.
2. Es bleibt bei der im Dezember ab 1. Januar 1921 vereinbarten Familienzulage mit der Aenderung, die die Arbeitgeberseite bereits in dem Dezemberlohnabkommen sich vorbehalten hatte (Ziff. 2, Schlußabs.), daß nämlich bei Kurzarbeit und bei Stilllegung nicht mehr eine Woche lang die Familienzulage gezahlt wird, sondern daß ab 1. April bei Kurzarbeit und Stilllegungen die Familienzulage für jeden ausgefallenen Arbeitstag um je $\frac{1}{6}$ gekürzt wird.
3. Sollten infolge der feindlichen Sanktionen bisher unbefetzte Städte besetzt werden, so wird für diese keine Besatzungszulage gewährt.
4. Dieses Abkommen wird auf die Dauer von 3 Monaten geschlossen und kann zum erste Male zum 30. Juni unter Innehaltung einer 4wöchigen Kündigungsfrist gekündigt werden.
5. Für das bisher besetzte Gebiet kann dieses Lohnabkommen sofort mit 14tägiger Kündigungsfrist für diejenigen Orte gekündigt werden, die in die Zollgrenze eingezogen werden."

Dieser Vereinbarung wurde nicht nur von den Vertretern unseres Verbandes, sondern auch aller übrigen am Lohnabkommen beteiligten Verbände zugestimmt, nachdem die Gewißheit bestand, daß es einen anderen Weg nicht mehr gab, als entweder mit diesem oder ohne Lohnabkommen nach Hause zu gehen.

Wir haben diesmal rein referierend einen kurzen Bericht von den Verhandlungen unseren Mitgliedern gegeben, ohne jeden weiteren Kommentar. Wir behalten uns vor, je nach dem Gang der Kritik, noch darauf zurückzukommen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund gegen die „Sanktionen“.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes nahm in seiner Sitzung am 14. und 15. März folgende Entschliebung an:

Der Internationale Gewerkschaftsbund stellt fest, daß der Abbruch der Verhandlungen in London eine sehr kritische Situation geschaffen hat.

Ueberzeugung von der Wichtigkeit der Wiedergutmachungen sowie von der Tatsache, daß der Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete ein unabdingbares Erfordernis für das ökonomische Gleichgewicht Europas und für die Wiederherstellung des wahren Friedens darstellt, erklärt er,

daß diese Resultate nur durch ein Zusammenwirken der Arbeiter aller in Betracht kommenden Länder erzielt werden können.

Daher kann der Internationale Gewerkschaftsbund es nicht zugeben, daß Zwangsmahregeln ergriffen werden, welche diese Probleme nicht zu lösen vermögen.

Anstatt die Sache der Wiedergutmachungen zu fördern, verlängert die Ausbietung militärischer Gewalt nur die Periode der Unsicherheit und ermöglicht es der Reaktion und dem Militarismus, neue Kräfte zu sammeln, den Haß unter den Völkern neu zu entfachen und Europa in neue Abenteuer zu verwickeln.

Die Anwendung einer solchen Politik kann nur dazu führen, die Gefahren zu vervielfältigen, die abzuwenden Pflicht der Arbeiter aller Länder ist.

Der Internationale Gewerkschaftsbund stellt fest, daß das Scheitern der Unterhandlungen in London das Werk der kapitalistischen Diplomatie ist, die, nachdem sie den Krieg provoziert hat, nicht imstande ist, den Frieden zu sichern, und erklärt, daß, im Gegensatz zu dieser Haltung, auf der Grundlage der Prinzipien, die auf dem Londoner Internationalen Gewerkschaftskongress festgelegt wurden, zwischen den verschiedenen Ländern Uebereinkommen abgeschlossen werden können, damit die verwüsteten Gebiete in möglichst kurzer Zeit neu aufgebaut und die materiellen und moralischen Spuren des Krieges endlich ausgelöscht werden.

Er nimmt die von den Vertretern der deutschen Arbeiterbewegung abgegebenen Erklärungen zur Kenntnis, in denen der dringende Wunsch der deutschen Gewerkschaftsorganisationen ausgesprochen wurde, für den Wiederaufbau zu arbeiten.

Er bestätigt, daß das Genfer Uebereinkommen zwischen den französischen und deutschen Bauarbeiterorganisationen über die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden dieser Aktion als Grundlage zu dienen hat.

Um die Durchführungsmodalitäten dieses Uebereinkommens festzusetzen, wird eine spezielle Konferenz der Gewerkschaftsvertreter aus den betreffenden Ländern für den 31. März d. J. nach Amsterdam einberufen werden.

In dem Bestreben, den völligen Frieden schnellstens wiederherzustellen, und angesichts der einander widersprechenden Erklärungen der Sachverständigen beider Parteien, schlägt der Internationale Gewerkschaftsbund vor, daß eine unparteiische Enquete abgehalten werde, wodurch zwischen den verschiedenen Ländern — nötigenfalls durch Schiedspruch — eine Uebereinstimmung erzielt werden soll, sowohl was die wiedergutzumachenden Schäden als auch was die Leistungsfähigkeit des Schuldnerstaates betrifft. Bis zu der endgültigen Regelung soll eine von letztgenanntem Lande aufzunehmende internationale Anleihe die notwendigen Summen aufbringen, damit die Arbeiten des Wiederaufbaues unverzüglich in Angriff genommen werden können.

Der Internationale Gewerkschaftsbund erklärt, daß der Weltfriede nicht von einer militärischen Besetzungspolitik abhängig gemacht werden darf. Er fordert, daß man auf diese Gewaltmaßnahmen verzichte und daß endlich die internationale Solidarität zum Ausdruck gebracht werde, die allein die Verwirklichung einer Politik der Wiedergutmachungen ermöglichen und eine Bürgschaft bieten kann für den Frieden durch die Arbeit.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Der Handelskrieg der Entente. — Der deutsche Außenhandel. — Die hohen Fischpreise. — Rückgang der Vieh- und Fleischpreise.

Ueber die Maßnahmen, die die Entente nach dem Abbruch der Londoner Verhandlungen gegen das deutsche Wirtschaftsleben in Anwendung bringen will, werden gegenwärtig in der Presse eingehende Betrachtungen angestellt. Eigentlich läßt sich mit Sicherheit die Wirkung der PreSSIONen, die in Aussicht genommen sind, noch nicht übersehen, da noch keine Klarheit darüber besteht, in welchem Umfang die Ententeländer im einzelnen von den angedrohten Gewaltmaßnahmen Gebrauch machen. Die Annahme, daß Italien und Belgien, denen wohl nicht ganz wohl bei der Durchführung des Handelskrieges sein dürfte, nicht in Aktion treten, wird ein stiller Wunsch bleiben. Politisch wird es für die Entente nicht duldbar sein, daß einige ihrer Teilhaber aus dem Konzern ausbrechen; es wäre nur möglich, daß man in beiden genannten Staaten eine mäßigere Form des Zugriffs gestattet.

Soviel ist sicher: für den deutschen Handel wird die erzwungene Abgabe von 50 Proz. des Warenwertes in den Ententeländern, die dann von der deutschen Regierung zurückvergütet werden soll, eine Erdrosselung des Exports nach diesen Ländern werden. Der englische Kaufmann wird schon keine Neigung haben, sich einer Kontrolle über deutsche Wareneinfuhr zu unterstellen. Es sind die Verbindungen zwar im stillen wieder angeknüpft, aber auch mit einer gewissen Zurückhaltung in Rücksicht auf die sehr unfreundliche Stimmung gegen die deutsche Konkurrenz. Dem deutschen Exporteur wird seine Aufgabe so erschwert, daß

zurücktreten muß. Leider haben wir keine neuen Ergebnisse der Statistik darüber, in welchem Umfange wir bereits nach den Ententeländern exportierten. Die Veröffentlichungen der monatlichen Nachweise über den Außenhandel ergaben bis zum August 1920, daß der Export nach den Ententeländern nicht übermäßig groß war, wohl aber die Einfuhr von dort nach Deutschland. Die Hoffnung Lloyd Georges, daß mit dieser Handelsabgabe von Deutschland ein großer Posten der Schuldforderung beglichen wird, dürfte sich sehr bald als irrig erweisen. In England mag die Aktion erhoffen lassen, daß sie zur Erleichterung der Krise im eigenen Lande dient. Das ist sicherlich mit die Absicht des Vorgehens. Es wirkt die Bedrückung der deutschen Einfuhr, aber nicht nur auf den deutschen Handel, sondern auf den gesamten Warenverkehr des Auslandes. Und da zur Kontrolle der deutschen Waren auch von den neutralen Staaten Warenursprungszeugnisse gefordert werden müssen, gelangt England auf diese Weise zu einer Art Schutzoll. Mit dieser Kontrolle setzt eine Pladerei ein, die allen Staaten, die nach England Waren einführen, gleichmäßig auferlegt werden. Daß solche Erschwerungen dem Handel in den Ententeländern angenehm sein können, ist nicht anzunehmen, ganz abgesehen davon, daß in den Staaten, die an dem Streit nicht beteiligt sind, aber als Leidtragende mit hineingezogen werden, auch eine freundliche Stimmung ausgelöst wird.

Geht unser Export weiter zurück, so werden wir darauf bedacht sein müssen, um unsere Handelsbilanz in ihrer Passivität nicht unerträglich hoch anwachsen zu lassen, die weitere Einfuhr zu beschränken. Man wird die Einfuhr von Südsüchten, Weinen, Frühgemüse verbieten können, ohne daß wir damit der Volksernährung einen Schaden zufügen. Ebenso wird man zu prüfen haben, ob wir nicht auf die Einfuhr einiger Luxuswaren verzichten können. Gerade von Italien, Frankreich und Belgien werden wir mit diesen Waren überschüttet, obwohl wir uns im Hinblick auf unsere Finanzlage auch bisher schon nicht diese Ausgaben leisten konnten. Es war der große Fehler unserer Handelspolitik, daß wir in den letzten Monaten nahezu alles wahllos hereinließen, und damit unsere Volkswirtschaft schwächten. Unter normalen Zeiten wird man eine solche Sperrung der Einfuhr ablehnen, aber leider haben wir gegenwärtig keine kräftig entwickelte Volkswirtschaft, die jenen Druck aushält.

So sehr der deutsche Außenhandel bedroht wird und zu bedürchten ist, daß die Krise zunimmt und damit die Arbeitslosigkeit weiter anwächst, auch die Ententeländer werden nicht ohne Verluste diesen Kampf führen. Der Handel wird sich bemühen müssen, neue Verbindungen zu suchen und andere Wege einzuschlagen, die an den Hemmungen vorbeiführen. Diese Aufgaben zu lösen, müßte das Werk einer großzügigen Organisation des Handels sein. Wenn die Wirtschaftspolitiker der Entente noch nicht begriffen haben, daß in der Nachkriegszeit die Zerrüttung des Außenhandels, beeinflusst nicht zuletzt von der Entwertung der Valuta der europäischen Industriestaaten, uns in diese schwere Weltkrise hineingetrieben hat; wenn die Entente des Glaubens ist, sie könnte sich allein aus dem Chaos retten mit der Absicht, die anderen tiefer hineinzustoßen, so wird sie sehr bald erfahren, daß so die Teilung der Kriegsschäden nicht erreicht werden kann und das kapitalistische Getriebe auf diese Order sich nicht einstellt.

Vielleicht härter noch als dieser Schlag gegen den Außenhandel kann Deutschland durch die Zollgrenze am Rhein getroffen werden. Man fragt sich nur, kann wirklich eine so kurzfristige Auffassung die Entente leiten, die die Industrie im Westen lebensunfähig macht. Das heißt doch die Zahlungsfähigkeit des Gegners erschlagen. Gewiß, man vermißt heute sehr oft die ruhige Überlegung in der Würdigung politischer Maßnahmen, und nur so wäre das Vorgehen zu erklären. Es läßt sich gar nicht ausdenken, zu welchen wüsten Zuständen des Schmuggels und der Warenschiebungen es hier kommen muß, wenn wirtschaftlich zusammengehörige Landesteile auseinandergerissen werden. An der Entfaltung dieses Treibens wird Frankreich keine Freude erleben.

Die Ergebnisse der deutschen Außenhandelsstatistik für die Zeit vom Januar bis August 1920 lassen erkennen, wie weit wir noch zurück sind, wenn wir einen Vergleich mit dem Jahre 1913 anstellen. Die Ausfuhr wird auf 129,4 Millionen Doppelzentner angegeben; dem steht 1913 eine Ausfuhr von 483,4 Millionen Doppelzentner gegenüber. Das Manko verteilt sich auf alle Industrien, besonders aber tritt die ungünstige Lage der Textilindustrie in die Erscheinung, deren Ausfuhr 427,2 Millionen Doppelzentner betrug gegenüber 2812,9 Millionen Doppelzentner 1913. Die Einfuhr ist von 474 656,8 Millionen Doppelzentner auf 116 448 Millionen Doppelzentner zurückgegangen. Der überaus starke Rückgang in der Einfuhr von Lebensmitteln läßt das Uebel unserer Nahrungsmittelversorgung erkennen, denn sie erreicht nur

33 748,8 Millionen Doppelzentner, während wir im Jahre 1913 163 574,3 Millionen Doppelzentner verzeichneten.

Wie ungesund unsere Marktlage sich entwickelt, wird uns wiederum klar, wenn berichtet wird, daß in Dänemark, Schweden und Norwegen Riesenfänge an Fischen keinen Absatz finden, weil der deutsche Markt die angebotene Ware zu dem hohen Preis nicht aufnehmen kann. Die Preislage aber wird nur durch den ungünstigen Stand der deutschen Valuta hervorgerufen, der Konsum wäre schon in der Lage, große Mengen aufzunehmen. Man vergewärtigt sich nur, daß ein Pfund frische Serringe 3,50 Mk. kostet, ein unerhört hoher Preis, der die ärmere Bevölkerung als Käufer verdrängt. Auch die heimische Hochseefischerei treibt die Preise in unerträglicher Weise in die Höhe, so daß Fische heute für den Massenkonsument nicht in Frage kommen.

Dagegen melden in den letzten Wochen die Viehmärkte eine Abwärtsbewegung der Viehpreise, und langsam tritt auch in den Kleinhandelspreisen für Fleisch eine Ermäßigung ein. Besonders reichlich ist das Angebot von Schweinen, die im Preise von 1800 Mark auf 1400 Mark pro Zentner Lebendgewicht heruntergegangen sind und auf einigen Märkten auch bereits weitere Rückgänge aufweisen. Der Ueberfluß an Fleischwaren, der heute allgemein zu bemerken ist, erklärt sich vielmehr aus der Einschränkung des Konsums als aus der Zunahme des Viehauftriebs. Die Notlage der Bevölkerung ist so groß, daß die Kaufkraft hier besonders eingeschränkt wird.

Trotz der Preisentwertung einiger Waren bleibt immer noch die Konsumfähigkeit der Bevölkerung geschwächt. Die steigende Wirtschaftskrise findet ihre Erklärung in der Erdrösselung des Konsums und rückwirkend in der weiteren Einengung der Produktion. Diese Nachwirkungen des Krieges gilt es zu überwinden; wir müssen von den hohen Preisen herunterkommen, um den Markt aufnahmefähiger zu machen.

Frauenfragen einst und jetzt.

Von Anna Bloß.

So lange es Frauennot gibt, so lange gibt es auch Frauenfragen; und da es von Unbeginn seelische und materielle Frauennot gegeben hat, gab es auch immer seelische und wirtschaftliche Frauenfragen. Gewohnt, zu dulden und zu schweigen, trugen die Frauen ihre seelische Not jahrhundertlang stumm, verbargen sie in ihrem Innersten. Die wirtschaftliche Not aber trieb die Frauen aus dem Hause, duldete keine stumme Ergebung, sondern forderte Tatkraft, wenigstens in dem Sinn, daß die Frauen auf irgendeine Weise sich und ihre Kinder vor Hunger und Kälte zu schützen suchten. Daß mit dieser wirtschaftlichen Frauenfrage auch rechtliche Forderungen in Zusammenhang gebracht werden müßten, daran dachten freilich die Frauen bis fast in unsere Zeit hinein nicht.

Die wirtschaftliche Frauenfrage steht in engem Zusammenhang mit dem ungeheuren Ueberschuß an Frauen. Dieser war im Mittelalter größer noch als heute. Die fortgesetzten Fehden und Kriege, die damit zusammenhängenden pestartigen Krankheiten und die Unmännigkeit der Männer brachten die größere Sterblichkeit unter den Männern hervor. Dazu kam noch die Beschränkung der Verheiratung vieler Männer durch das Zölibat der Geistlichen, Mönche und Klosterbrüder. Ferner hing das Recht auf Verheiratung des Handwerkers von seiner Zulassung zur Meisterschaft ab. Diese wieder war durch die Zunftvorschriften beschränkt. Unzählige Frauen konnten also ihre Versorgung nicht vom Mann abhängig machen.

Schon während der Feudalzeit finden wir leibliche Leibeigene in den Burgen beschäftigt, und zwar nicht nur bei der Arbeit in Haus und Hof, Küche und Keller. In der großen Bewegung gegen den Feudalismus finden wir aber auch eine Reihe von Frauen Seite an Seite mit den Männern kämpfen, denn die gemeinschaftliche Not führte die Geschlechter zusammen.

Mit dem Aufblühen der Städte im Mittelalter änderte sich das Verhältnis. Schon die erste Zunftordnung forderte das männliche Geschlecht als Grundbedingung zur Aufnahme in eine Zunft. Begründet ist diese Verordnung damit, daß dem Manne die Erwerbsarbeit obliege, während das Mädchen zur Ehe bestimmt sei. Die große Ueberszahl unverheirateter Frauen machte die Aufrechterhaltung dieser Verordnung unmöglich. Sehr bald findet man die Verwendung von Frauen und Mädchen innerhalb eigener oder fremder Gewerbebetriebe, bald als abhängige Lohnarbeiterinnen, bald als selbständige Meisterinnen. Man findet sogar Gewerbe mit zünftiger Ordnung, die ausschließlich aus Frauen bestanden.

Zunächst finden wir Frauen in der Textilindustrie, der Wollweberei, der Leinwandweberei, der Schnur- und Vorkornweberei, in der Garnmacherei. Weitere Zünfte, in denen weibliche Ar-

beitskräfte Verwendung finden, sind die Schneider, die Kürschner, die Bäcker, die Wappensieder und Gürtler, die Riemenschneider, die Paarnostermacher, die Tuchscherer, die Lohgerber, die Goldspinner und Goldschläger. Es waren im allgemeinen die Gewerbe, für welche die weibliche Kraft ausreichte. Bald aber setzte der Kampf gegen die Frauenarbeit in den Zünften ein. Die Gesellenverbände weigerten sich, neben den weiblichen Arbeitern zu dienen. Die Meister klagten über Beeinträchtigung, und die Frauen mußten sich nach anderen Berufen umsehen, um ihr Leben fristen zu können. In Frankfurt a. M. gab es nach Bücher „Die Frauenfrage im Mittelalter“ (Tübingen, Verlag der Lauffestischen Buchhandlung), 200 Berufsarten mit Frauenarbeit zwischen 1310 bis 1500, darunter 65 nur mit Frauen, 17, in welchen die Frauen überwiegen; 38, in denen Frauen und Männer etwa gleich stark vertreten sind, und 81, in denen die Zahl der Männer überwiegt. Neben den oben erwähnten zunftmäßigen Gewerben sind Frauen in der Bierbrauerei und stellen Kerzen und Seifen her. Sie sind im Handel mit Lebensmitteln, mit Garn, Sämereien, ja auch mit Hafer und Heu beschäftigt und betreiben Trödelgeschäfte. Es gibt weibliche Musikanten, ferner Abschreiberinnen und Briefdruckerinnen. Auch im städtischen Dienst werden Frauen verwandt als Hebammen, Krankenpflegerinnen, auch als Schlaghüterinnen, Pförtnerinnen, Turmwächterinnen, Zöllnerinnen und beim Hüten des Viehs. Im 14. Jahrhundert findet man aber auch schon weltliche Schulmeisterinnen und weibliche Ärzte. Sogar zu Rundschafterdiensten werden Frauen verwendet.

Indessen genügten all diese Berufe, einschließlich des natürlich sehr stark vertretenen Gesindedienstes, nicht zur Unterbringung der vielen unversorgten Frauen. Eine Zuflucht- und Arbeitsstätte waren die vielen Frauenklöster und Stifte. In diesen wie in den sogenannten Sammlungen (Gemeinsamer Haushalt mehrerer lediger Frauen) fanden meist nur begüterte Aufnahme. Die Armeren gingen in die sogenannten Gotteshäuser oder Befinnenanstalten, die halb weltlichen, halb geistlichen Charakter hatten. Den Befinnen waren ebenfalls besondere Arbeitsgebiete, namentlich Krankenpflege und Haushilfe zugewiesen.

Auch unter den fahrenden Leuten finden sich viele Frauen als Spielweiber, Gauklerinnen, Tänzerinnen, als Leier- und Harfenmädchen. Bei dem Reichstag zu Frankfurt a. M. im Jahre 1394 waren etwa 800 solcher fahrenden Frauen. Sie begleiteten auch die Soldnerheere auf ihren Kriegszügen. So waren in dem Heer, das Herzog Alba in die Niederlande führte, 400 Dirnen zu Pferde und 800 zu Fuß, in Kompagnien geteilt und hinter ihren besonderen Fahnen in Reih und Glied geordnet. Jeder war nach Verhältnis ihrer Schönheit und ihres Anstandes der Rang ihrer Liebhaber bestimmt, und keine durfte bei Strafe diese Schranken überschreiten.

Eine Reihe fahrender Frauen ließ sich dauernd in den Städten nieder. Sie werden gewöhnlich in den Frauenhäusern vereinigt. Diese waren meist von den Stadtvätern oder Landesherren eingerichtet und bildeten oft eine beträchtliche Einnahmequelle. Sie wurden von den Städten entweder in eigenem Betrieb verwaltet oder an Privatunternehmer verpachtet. Die Insassen genossen ein ausschließliches Gewerbeprivileg und übten mehr als einmal Selbsthilfe gegen unlauteren Wettbewerb. Sie nahmen teil an öffentlichen Festlichkeiten, waren bei Fürstenempfangen anwesend, ebenso bei Schmäusen und Tänzen der Bürgerschaft. Die öffentlichen Frauen wurden vor Uebervorteilung und roher Behandlung geschützt, hatten das Recht der Bewegungsfreiheit, des Kirchenbesuches, und die Rückkehr zu einem geordneten Lebenswandel wurde ihnen erleichtert. Es bestanden besondere Vorschriften für gesundheitliche Ueberwachung. Es gab eine Hilfskasse, zu der der Verwalter wie die Frauen beisteuern mußten, um kranke und brotlos gewordene Frauenhändlerinnen zu unterstützen; also schon eine Art Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Auch über Kost und Lohn enthält die Frauenhausordnung genaue Vorschriften.

Allmählich riß aber in den Frauenhäusern die Sittenlosigkeit ein, und Anfang des 15. Jahrhunderts unterfragten die Zünfte und Gesellenverbände ihren Mitglieder den Verkehr mit liederlichen Dirnen. Sie wurden von anständigen Leuten zugerechnet und von jeder ehrbaren Klasse ausgeschlossen. Sie wurden mit den furchtbarsten Sünden belegt und nach ihrem Tode auf dem Scheinlager verbrannt. Es war also auch die Prostitution im Mittelalter schon eine wichtige Frauenfrage.

Zu den Frauenfragen zählte man wohl auch die Heerenverfolgungen. Folterungen und Hinrichtungen fielen viele Tausende Frauen zum Opfer. Der finstere Aberglauben des Mittelalters schonte gerade die Unschuldigen und Schwachen nicht, und zwar sowohl noch wie vor der Reformation durch die Anhänger leider Konfessionen. Die Tatsache daß im Allen Letz-

ment der Ursprung der Sünde der Frau zur Last gelegt wurde, machte bis in die Neuzeit hinein diese Seite der Frauenfrage zu einer tieftragischen.

Die Erfindung der Maschinen im 18. und 19. Jahrhundert führte eher noch zu einer Verschlechterung der Frauenerwerbsfrage. Die Nachfrage nach ungelerten Kräften wurde größer, irgendwelche Beschränkungen, wie etwa in den Zünften, gab es nicht mehr. Die Industrie förderte noch die Heimarbeit, die in der Hauptsache von Frauen übernommen wurde, da diese glaubten, gleichzeitig mit der Heimarbeit Pflichten als Hausfrau und Mutter übernehmen zu können. Der Arbeitgeber aber sparte Arbeitsraum, Heizung, Beleuchtung usw. Das große Angebot weiblicher Arbeitskräfte führte zu einer geradezu himmelschreienden Unterbietung der Löhne. Diese Seite der Frauenfrage gehört ebenfalls zu den traurigsten Kapiteln der Frauengeschichte.

Allmählich aber wurden die Frauenfragen früherer Zeit im 19. Jahrhundert zur Frauenbewegung, d. h. zum Kampf gegen Ausbeutung und zu rechtlicher Gleichstellung mit dem Mann. Die Gewerkschaften begriffen als erste diesen neuen Zug in der Frauenfrage und versuchten, den Kampf um Arbeiterschutz und Lohn mit den Frauen gemeinschaftlich zu führen. Leider hat die jahrhundertlange Anebelung und Ausbeutung noch längst nicht allen Frauen den Wert der gewerkschaftlichen Bewegung klar gemacht.

Im Jahre 1907 zählte man in Deutschland 9½ Millionen erwerbstätiger Frauen, das ist etwa ein Drittel aller erwerbstätigen Personen. Eine Ausstellung, die vor dem Krieg in Berlin stattfand, „Die Frau in Haus und Beruf“, zeigte, daß es überhaupt keinen Beruf gab, in dem nicht Frauen tätig waren, einerlei, ob er ihrer speziell weiblichen Beschaffenheit entsprach oder nicht. Diese Zahl hat sich während des Krieges noch ungeheuer vermehrt, und zwar gerade in den schwersten Berufen, die man bis dahin ausschließlich als Männerberufe ansah. Die gesundheitlichen Schädigungen bei vielen Frauen treten erst jetzt zutage. Wenn auch die Löhne hoch waren, alle Forderungen der Frauenbewegung zum Schutz der arbeitenden Frauen wurden illusorisch, und wieder war die Not der Frauen zu groß, als daß sie diesbezügliche Forderungen hätten stellen können. Neben den vielen Frauenfragen, die während des Krieges auftauchten, war nicht die unwichtigste die Frauenerwerbsfrage.

Heute ist die Frauenfrage brennender als je. Sie ist wieder auf etwa den Stand von 1913 zurückgegangen, trotzdem zweifellos die große Not der Zeit viel mehr Frauen als früher zum Erwerb zwingt. Indessen hat der Fraueneinfluß auf die Politik zweifellos Verbesserungen auch in der Frauenerwerbsfrage herbeigeführt. Von äußerster Wichtigkeit ist die Errungenschaft der Revolution, die Durchführung des Achtstundentages für die arbeitenden Frauen. Leider bestehen die Frauen selbst hier nicht immer auf den bestehenden gesetzlichen Rechten. Auch an dem tarifmäßig festgelegten Stundenverdienst halten sich die Frauen, namentlich in der Hausindustrie, nicht immer. Man sollte es nicht glauben, daß sie dort heute noch zwischen 12 Pf. und 1,60 Mark schwanken, in der übrigen Industrie zwischen 40 Pf. und 2 Mk. Auch die Durchführung der Schutzgesetze gerade in der Hausindustrie scheitert häufig an der Einsicht der Arbeiter selbst. Außerst wichtig sind auch die neuen Forderungen zur Wochenhilfe.

Die Demobilisierungsverordnung auf Freimachung von Arbeitsplätzen bedeutet zweifellos für die Frauenarbeit eine große Benachteiligung. Dafür haben aber die arbeitenden Frauen jetzt durch die Möglichkeit, sich in die Betriebsräte wählen zu lassen, weit mehr als früher die Möglichkeit der Durchführung ihrer besonderen Frauenarbeitsinteressen. So kommt die Frauenarbeits- oder -erwerbslosenfrage allmählich ihrer Lösung entgegen, vorausgesetzt, daß die Frauen endlich den Wert des Zusammenschlusses und die Möglichkeit ihres Einflusses begreifen.

Ein Wort an die Gleichgültigen!

Wie der Staat alle Kräfte zum Aufbau braucht, so braucht der Sozialismus Menschen, die, von der Idee getragen, mit festem Willen zum Ziele der Menschheitsbefreiung gewappnet sind. Ein gesundes Streben, der Menschheit nützlich zu sein, im Gegensatz zu denen, die vom persönlichen Egoismus geleitet und wenig wirkliche Lebensfreude haben. Im Innern überzeugt von der Idee des Sozialismus, ohne viele Worte danach handeln, so soll der Sozialist erzieherisch wirken. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß im heutigen Daseinskampfe, der Not gehorchend, der Wille der Masse sich Geltung verschaffen muß. Und da zeigt sich wie ein gewaltiges, schier unüberwindbares Hindernis die Gleichgültigkeit der Arbeiter.

Es ist wohl verständlich, wenn Arbeiter körperlich vollständig erschöpft, für geistige Beschäftigung nicht mehr zugänglich sind.

Auch die Ausnahmefähigkeit für derartige Dinge ist nicht so vorhanden. Bei unseren Berufen trifft dies jedoch nicht so zu. Unsere Kollegen interessieren sich für allerlei Dinge, nur für das notwendigste, ihre Klasseninteressen, zum Teil nicht. Hier muß mehr getan werden.

Was in den Versammlungen geredet wird, beurteilen viele nach Klang und Färbung. Den Sinn zu erfassen, ist ihnen nicht möglich. So ist der Phrasenredner meistens höher bewertet, als derjenige, der offen den Tatsachen ins Auge sieht und es ausspricht. Da wird die Versammlung für den Gleichgültigen belanglos. Die Beschlüsse der Versammlung können ihn jedoch aus der Ruhe bringen, wenn diese dem persönlichen Eigennutz widerstreben. Im übrigen jedoch läßt er Gott einen guten Mann sein und nimmt an den Früchten teil, die ihm die Organisation bietet. Wer von den Kollegen möchte sich zu diesen zählen?

Würdet Ihr doch alle Eure Lage wirklich erfassen! Denn nur Unkenntnis ist es, die Euch gleichgültig sein läßt. Viele würden ohne Zweifel gute Kämpfer werden. Ihr seht nicht die täglich größer werdende Verarmung, der in einzelnen Fällen nur durch Mitarbeit der Frau oder gar noch der Kinder gesteuert wird. Manche schimpfen vielleicht noch über die politischen Rechte der Frau; dabei leistet die Frau auch dem Kapital Fronddienste, um nur das Einkommen des Mannes zu ergänzen. Nur die Not bringt die Frau in die Fabrik oder zwingt sie zur Mitarbeit.

Also heraus aus der Gleichgültigkeit, denn diese gereicht nur dem Kapitalismus zum Nutzen. Nicht schimpfen oder nörgeln, sondern mitarbeiten. Mitraten in den Versammlungen. Rede doch keiner: was dort erzählt wird, weiß ich alles. Gerade denen fehlt es am meisten. Interessiert Euch für alles, was die Arbeiterklasse angeht. Schärft Euren Geist durch Lesen guter Bücher. Heraus mit den bürgerlichen Blättern aus den Arbeiterwohnungen. Leset die Arbeiterpresse, unterstützt somit Eure Sache. Lernt den Weg kennen, den die Arbeiterklasse zu gehen hat. Erst wenn alle helfen, rücken wir dem Ziel näher:

Mit uns das Volk, mit uns der Sieg! L. L., Köln.

Aus unserem Beruf.

Gräfenthal. In Nr. 11 der „Ameise“ ist von einem Kollegen von Neuhaus am Rennweg ein Bericht erschienen, der u. a. auch anführt, daß es noch Organisationen gibt, wo 1 Mk. Beitrag pro Woche gezahlt wird. Die Redaktion hat diese Stelle mit einem (? Red.) versehen. Es muß leider festgestellt werden, daß die Angaben des betreffenden Kollegen voll stimmen und gerade den Funktionären unserer Organisation vielen Verdruß schon bereitet hat. Da in diesem Orte nur zwei Haupterwerbszweige bestehen, dürfte es leicht zu erraten sein, um welche Organisation es sich handelt. Unseren Kollegen in Neuhaus am Rennweg muß aber bestätigt werden, daß sie prompt ihren Beitragspflichten nachkommen, trotz des bestehenden ungesunden Zustandes einer anderen freien Gewerkschaft am Orte.
E r d m a n n.

Taubenbach. In Nr. 11 der „Ameise“ ist eine Notiz erschienen, die die Beendigung des Streiks in Taubenbach bekanntgibt. Im Schlußsatz der fraglichen Notiz wird mitgeteilt, daß im Bericht hierüber nicht eingegangen sei. Unterzeichneter stellt jedoch hiermit fest, einen solchen Bericht der „Ameise“ zugesandt zu haben. Ob derselbe seinen Bestimmungsort erreicht hat, kann allerdings nicht behauptet werden.

E r d m a n n, Geschäftsführer der Zahlstelle Gräfenthal.

Anmerkung: An der Behauptung des Kollegen Erdmann, daß er einen Bericht über die Beendigung des Streiks in Taubenbach an die „Ameise“ gesandt hat, zweifle ich nicht. Dazu läge für mich auch nicht der geringste Anlaß vor. Jedoch kann ich nur wiederholen, was ich bereits gesagt, daß ich bis heute von keiner Stelle einen Bericht in dieser Angelegenheit erhalten habe.

J o h. S c h n e i d e r.

Wesel. Der Betriebsratsvorsitzende von der Streingutfabrik teilt uns eine Berichtigung und fordert uns auf Grund des § 11 des Preßgesetzes auf, diese zu veröffentlichen. Obwohl die Beschlüsse den Bestimmungen des Preßgesetzes nicht entspricht, bringen wir diese doch dem Sinne nach zur Kenntnis. Der Einsender streitet, einen schmutzigen Handel mit Zigarren, Schuhen und Krawatten zu betreiben. Zigarren habe er nur für einen Geschäftsmann den Arbeitern vermittelt, ohne selbst dabei etwas zu profitieren. Schuhe habe er sich von einer Fabrik schicken lassen und diese ohne jeden Nutzen an die Arbeiter verkauft. Krawatten habe die Firma besorgt, und er habe sie nur an den Mann gebracht. Weder er noch die Firma habe daran verdient.

Dazu möchten wir kurz bemerken, daß wir es erklärlich finden, daß unsere Kollegen in Wesel soviel Selbstlosigkeit und

Uneigennützigkeit in unserem Zeitalter des krassen Egoismus nicht voraussetzen, als durch die Berichtigung des Betriebsratsobmannes behauptet wird. Wer heute Waren einkauft, sein bares Geld hineinsteckt und damit ein Risiko übernimmt, und die Waren zum Einkaufspreis wieder abgibt, ist eine so große Seltenheit, die schon um deswillen verdient, öffentlich bekannt zu werden. Der „weiße Kabe“ unter den Kollegen von der „schwarzen Couleur“ ist unseren Kollegen von der „roten Couleur“ — um im farbenfrohen Stile des Betriebsratsobmannes zu reden — merkwürdigerweise noch nicht aufgefallen. Das finden auch wir eigentümlich.

Bezahlung der Feiertage in Thüringen. Wir werden aufmerksam gemacht, daß die Bezahlung der kirchlichen Feiertage in Thüringen noch nicht gesetzlicher Zustand ist, sondern durch entsprechenden Antrag bei der Reichsregierung erst angestrebt werden soll. Der Bericht über die Landtagsverhandlungen ließ das nicht erkennen.

Einkleben der Beitragsmarken. Von einem Zahlstellenkassierer erhalten wir folgende Zuschrift:

Die Einführung des Markensystems hat ohne Zweifel recht viele Erleichterungen in der Kassensführung gebracht. Leider versteht ein großer Teil unserer Mitglieder nicht sachgemäß beim Einkleben der Marken vorzugehen, was durch das viele Abfallen der Beitragsmarken bewiesen wird. An Ausreden, daß die Marken nicht richtig kleben, fehlt es nicht. Geht man aber der Sache auf den Grund, dann ist mit Leichtigkeit festzustellen, daß nur durch falsche Behandlung die Loslösung bedingt wird. Die meisten Menschen haben die Gewohnheit, Marken mit der Zunge anzuseuchten und begehen dann den Fehler, die Marke längs der Zunge abzuziehen, wodurch meistens der Leim an der Zunge kleben bleibt und die geklebte Marke später abfallen muß. Wenn nun wirklich die Zunge, infolge Fehlens eines anderen Anseuchmittels, benutzt werden muß, dann ist die Marke von der Zunge senkrecht hochzuheben, wodurch der Klebstoff der Marke erhalten bleibt und ein Abfallen verhindert wird.

Bermischtes.

Ein sozialisierter Großbetrieb.

Unsere Reichsdruckerei mit ihren 10 000 Arbeitskräften ist ein reiner Produktionsbetrieb gemeinwirtschaftlichen Charakters. Ihre Organisation schildert eine ausführliche Darstellung in der Märznummer der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebenen „Betriebsrätezeitung“. Eine Reihe wichtiger wirtschaftlicher Fragen wird in dieser Zeitung in einer Form behandelt, die das lebhafteste Interesse der Leser fesselt. So untersucht ein Beitrag die Frage: „Brauchen wir Unternehmer?“, andere „Realkredit und Wohnungswesen“, „Warenhandel und Warentausch“, „Arbeitsgesellschaft und Individualismus“, „Drei Industriebegründer“: Harfort, Boderill, Eli Whitney. Die umfassende „Wirtschaftliche Rundschau“ beleuchtet in kurzen Einzelberichten die Lage der Weltwirtschaft und dient der wirtschaftsgeographischen Schulung. Zu dem Aufbau der Arbeiter- und Betriebsräte nimmt ein Gewerkschaftler Stellung. In dem Abschnitt „Betriebswissenschaft“ wird der Abschluß der Konten der doppelten Buchführung behandelt. Die „Betriebsrätezeitung“, die in einer Auflage von 125 000 Exemplaren erscheint, erfreut sich, wie die ständig steigende Auflage zeigt, wachsender Beliebtheit. Jeder vorwärtsstrebende Arbeiter sollte die ihm hier vom A. D. G.-B. gebotene Gelegenheit, sich das Mützzeug für die wirtschaftliche Schulung beschaffen zu können, Gebrauch machen. Jedes Postamt nimmt Bestellungen zum Preise von 3 Mk. vierteljährlich entgegen.

Versammlungsberichte.

Duisdorf. In der gutbesuchten Versammlung für den Monat März stand als Hauptpunkt auf der Tagesordnung: „Lohntarif“. Was den letzten Lohntarif anbetrifft, so erhoben alle Mitglieder einstimmig Protest dagegen, daß für das besetzte Gebiet nur die halbe Zulage bewilligt worden sei. Die Bemühungen des Vorstandes wurden von den Mitgliedern voll und ganz anerkannt; aber aufs schärfste wurde das Verhalten der Arbeitgeber getadelt. Wir leben hier im besetzten Gebiet doch sicher nicht im Schwarzenland, sondern spüren die Lebensverhältnisse genau so, nach den jüngsten Ereignissen vielleicht noch schlimmer, wie im unbesetzten Deutschland. Müssen etwa die Arbeitgeber ihre Fabrikate im besetzten Gebiete billiger verkaufen, wie diejenigen jenseits des Rheines? Nach den Dividenden zu urteilen, wohl kaum. Weshalb soll denn nun der Arbeiter hier nicht genau so gehalten werden wie im unbesetzten Gebiet? Ueberhaupt, waren sich die Anwesenden darüber klar, daß wir im Verhältnis zu dem teuren Lebensunterhalt noch viel zu wenig verdienen. Dem Facharbeiter wird für Höchstleistung Mindestlohn gezahlt. Was soll er sich aber davon für seinen Lebensabend, der doch bei den meisten Porzellanern schon mit 45—50 Jahren kommt, zurücklegen? Ebenso verhält es sich mit den übrigen Akkordarbeitern. Den Hungerlohn der Tagelöhner schämt man sich ja überhaupt anzuführen. Die Versamm-

lung verfaßte eine Resolution dahingehend: „Vertreter der Arbeiter, laßt euch bei den kommenden Lohnverhandlungen nicht durch ablehnende Worte abfertigen. Schlagt für die Arbeiter keinen Hungerlohn, sondern einen angemessenen Existenzlohn heraus, denn der Arbeiter muß Geld verdienen, will er seine Lebens- und Leistungsfähigkeit erhalten.“ Mit einem Appell an die Mitglieder, in jeder Situation gewappnet dazustehen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Sermisdorf. Am Sonnabend, den 5. März, fand die regelmäßige Zahlstellenversammlung statt. Genosse Junghans-Erfurt, früher langjähriger Leiter der hiesigen Arbeiterbewegung und des Konsumvereins, schilderte den Werdegang der deutschen Konsumgenossenschaften. Ausgehend von den Produktionsgenossenschaften, die Vassalle in den Vordergrund schob, ging er die einzelnen Phasen der Genossenschaftsentwicklung bis zur heutigen Stellung durch. Sein Referat klang aus in der Aufforderung, die Konsumgenossenschaften zu unterstützen, mitzuarbeiten und auf- und auszubauen. Eine sich anschließende Diskussion brachte einige Spezialwünsche. — Das Übergangsamt für die Porzellanindustrie hat in Gemeinschaft mit den Spitzenverbänden Ausführungsbestimmungen über die Auslegung der sogenannten sozialen Zulage erlassen. Die Ausführungsbestimmungen kommen der Arbeiterschaft zum Teil entgegen. — Es wurde einstimmig beschlossen, bei den nächsten Sammlungen für unsere invaliden Kranken 1 Proz. vom Lohn abzuziehen zu lassen. — Infolge vier Todesfällen wird ein einmaliger Extrabeitrag von mindestens 1 M. erhoben. Für weitere Todesfälle soll ein Beitrag von 40 Pf. erhoben werden, um die Kosten für Musik und Leichenzug usw. zu bestreiten. Auch hier ist es angebracht, wenn der Betriebsrat die Geschäftsleitung zur Übernahme der obigen Begräbniskosten auffordert. — Zum Schluß erhielt der Betriebsrat aus der Mitte der gutbesuchten Versammlung noch einige Anregungen und Wünsche. Zu bemerken ist noch, daß wir unsere Verbandsmitglieder zum letztenmal auffordern, bei ihrem Zahlstellenversammlungsbesuch stets ihr Mitgliedsbuch zur Kontrollabstempelung mitzubringen. Einige Kollegen nehmen die Dinge nicht so, wie dies notwendig ist. Wenn auch der Versammlungsbesuch nichts zu wünschen übrig läßt, so ist doch die Kontrolle notwendig. Nur durch größte Einigkeit und rege Arbeit kommen wir vorwärts.

In einer starkbesuchten Betriebsversammlung schilderte unser Gauleiter, Kollege Apel-Ilmenau, die Tarifpolitik unseres Verbandes in 1½stündigen klaren und verständlichen Ausführungen. Kollege Apel konnte es nicht unterlassen, die Lohn- und Betriebsverhältnisse dank der aufopfernden Tätigkeit des Betriebsrates und des einheitlichen ernstlichen Willens der Belegschaft, unter allen Umständen ihre Lebenshaltung menschenwürdiger zu gestalten, als über den Durchschnitt stehend hervorzuheben. Er wünschte, daß auch anderwärts, hauptsächlich in den kleineren Zahlstellen, Einsicht und Energie einkehren würden. Eine Anzahl Genossen beteiligte sich an der Aussprache. Die Aussprache ließ erkennen, daß die Belegschaft nicht gewillt ist, die früheren Zustände wieder herbeizuführen. Bleibt dieser ernste Wille, im Kampf ums Dasein als Sieger hervorzugehen, dann ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, daß wir auch dem Unternehmertum unseren Willen in anderen Fragen (z. B. Sozialisierung) aufzwingen werden. Wollen wir die politische und wirtschaftliche Macht erobern, dann müssen wir die öffentliche Meinung in den Bann der sozialistischen Gedanken zwingen.

Kirchenlamitz. Am Sonntag, den 13. März 1921, fand im Adleraal eine gemeinsame Versammlung der vier Zahlstellen, Kirchenlamitz, Schwarzenbach a. S., Marktleuthen und Köslau, statt. Die Versammlung befaßte sich in der Hauptsache mit dem Ablauf des Lohnvertrages. Nach längeren Darstellungen seitens der Mitglieder über die Verteuerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Der Vorstand wird ersucht, bei den kommenden Lohnverhandlungen eine neue, mindestens 50 prozentige Lohnerhöhung zu fordern.“ Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde beschlossen, am Himmelfahrtstage bei günstiger Witterung einen gemeinsamen Ausflug auf den Kornberg zu machen.

Kloster Beilsdorf. Zahlstellenversammlung vom 9. März. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Vorsitzende der inzwischen verstorbenen Kollegin Albine Licht und des verstorbenen Kollegen Albrecht Adam; die Versammlung ehrte deren Andenken durch Erheben von den Siben. Sodann wird mitgeteilt, betreffs Organisation der Heubacher Heimarbeiterinnen, daß dort eine Versammlung aller in Frage kommenden Heimarbeiterinnen einberufen und in einem Referat die Notwendigkeit des Zusammenschlusses geschildert wurde. Dieselben haben sich restlos dem Verband angeschlossen. Man sei auch bei der Direktion vorstellig geworden; dieselbe hat den von uns geforderten 30prozentigen Zuschlag auf die Grundlöhne und die freie Belieferung des Materials bewilligt. Betreffs der anderen tariflichen Vergünstigungen will sie sich erst mit in Frage kommenden Konkurrenzfirmen in Verbindung setzen. Mit dem Vorsitzenden der Zahlstelle Kahlhütte habe man sich in Verbindung gesetzt und diesen ersucht, daß auch die dort in Frage kommenden Puppenfliderinnen sich dem Verband anschließen sollten, um dann gemeinsame Forderungen stellen zu können. Kollege Humrich streift dann betreffs der Kinderzulagen nochmals das letzte Lohnabkommen und teilt mit, daß man auf eine Anfrage in dieser Angelegenheit von der Betriebsleitung folgenden Bescheid erhalten hätte: Die Kinderzulagen werden gewährt bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres und hören dann auf, es nun das Kind vollwachsen ist oder nicht. Betreffs Kinderzulagen an Heimarbeiterinnen soll man bei der Direktion vorstellig werden; falls man zu einer Einigung käme, soll man die einzelnen Fälle der Betriebsleitung mitteilen, damit dieselben dem Schiedsamt unterbreitet werden können. Man wurde nun bei der Direktion nachträglich noch ersucht, von ihr den Bescheid, daß Verhandlungen vor dem Schiedsamt stattfinden und man in den nächsten Tagen Bescheid erhalten werde. Da man jedoch wieder einige Tage darüber nachdenken mußte, wurde die Verhandlung zwecks Vertagung beschlossen. Betreffs der Kinderzulagen beantragt der Hauptvorstand eine Klage (!) zu erteilen, weil er sich bei der Betriebsleitung derartige Maßnahmen von Unternehmern bieten läßt. Zu Punkt 2 kommt das vom früheren Kollegen Gotthard Schmidt schon zum zweitenmal eingereichte Unterstützungsgeheimnis zur

Sprache. Kollege Trin führte dazu aus, daß man den statutarischen Bestimmungen nach nicht dazu übergehen könne, da betreffs Schmidt nicht mehr Mitglied des Verbandes sei und wir innerhalb des Verbandes nur für Kollegen sammeln und sie unterstützen können. Kollege Humrich stellt sich auf den Standpunkt, daß man in solchen Fällen sich nicht so strikte an die Statuten halten könne, sondern verpflichtet sei, alle in Not geratene Kollegen zu unterstützen. Er führt hierzu z. B. an, daß Kollegen bis zum Jahre 1918, wo sich bei uns der Verband gebildet hätte, vielleicht 20 Jahre und noch länger im Betrieb beschäftigt gewesen sein könnten; durch Krankheit wäre es ihnen unmöglich gewesen, sich dem Verband anzuschließen. Diesen Kollegen gegenüber sei man verpflichtet, sie zu unterstützen. Diesen Ausführungen schließt sich die Versammlung an, und nachdem Kollege Bischoff die Notlage des betreffenden Schmidt geschildert hat, beschließt die Versammlung einstimmig, eine Sammlung für denselben zu veranstalten. Hierzu fordert der Vorsitzende die Mitglieder auf, so reger wie bisher an den Sammlungen zu beteiligen; besonders rügt er, daß die Kolleginnen sich bei den bisherigen Sammlungen wenig oder gar nicht beteiligt hätten. Sie wären doch diejenigen, die in Krankheitsfällen des Mannes die Not am meisten zu spüren bekommen. Hierzu wird der Antrag gestellt, namentliche Sammelblätter mit den Namen aller in der Fabrik Beschäftigten aufzustellen und dieselben aufzubewahren, damit man in vorkommenden Fällen sich danach richten könne. Zu Punkt 3, „Maiseier“, entspinnt sich eine lebhafteste Debatte, so daß der Antrag gestellt wird, dieselbe bis zur nächsten Versammlung zurückzustellen. Man wählte deshalb eine Kommission, die sich mit den in Frage kommenden Gewerkschaften in Verbindung setzen soll betreffs der Kinderbelästigung. Zu Punkt 4 wird ein vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund erlassener Aufruf, betreffend eine Aktion gegen das Unternehmertum zur Umberung der Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot, verlesen und die Kollegen aufgefordert, dieselbe tatkräftig zu unterstützen. Auch wird aufgefordert zum festen Zusammenschluß, um gerüstet zu sein gegen die Reaktion, die sich in den Novembertagen 1918 sozusagen verfestigt hatte, jetzt aber schon wieder gerüstet und bereit sei, zu wuchtigen Schlägen auszuholen.

Dischau. Versammlung vom 11. März. Der Klassenbericht wurde ohne Debatte erledigt. Zum neuen Lohnabkommen wurde beschlossen, den Antrag zu stellen, die Stundenlöhne für männliche Arbeiter auf 7,50 M., für weibliche Arbeiterinnen auf 4,50 M. zu erhöhen. — Eine Beschrift, Steuerabzug betreffend, wurde dem Betriebsrat überwiesen.

Peterwitz. In der am 6. März stattgefundenen Zahlstellenversammlung war der Besuch nur ein mäßiger. Der Vorsitzende, Kollege Hein, heißt den anwesenden Verbandssekretär, Kollegen Hillmer, herzlich willkommen und dankt ihm im Namen der Versammlung für seine Mühe und Arbeit, die er mit uns Peterwitzern gehabt habe. Er betonte es möglich war, eine eigene Zahlstelle zu gründen. Besonders betonte er, daß die Kolleginnen am Orte mehr Interesse für den Verband bekunden möchten und den auswärtigen Mitgliedern ein gutes Beispiel vorangehen müßten; denn solche Zusammenkünfte sind notwendig, um durch die gegenseitige Aussprache Einheitlichkeit im Betriebe zu erzielen. Gerade mit den Betriebsräten müsse immer ein inniger Kontakt bestehen, und da sei in Peterwitz in der letzten Zeit so manches zu wünschen übrig geblieben. — Eine lebhafteste Debatte entspann sich des Weiteren über die minimalen Anforderungen der Stanzerrinnen, daß selbige weder mit der großen Bewegung noch mit den allgemein gestellten Forderungen in Einklang zu bringen sind. Der Betriebsrat erklärte, sobald es möglich ist, mit der Betriebsleitung zu verhandeln, damit die Arbeiter zu ihrem Recht kommen. Von dem Betriebsrat wurde dann eine längere Debatte eingeleitet über die letzten Ereignisse, die sich zum Teil im Betriebe und zum Teil außerhalb desselben zugetragen haben. Unterstützung von Seiten des Betriebsrates haben die dabei Beteiligten nicht zu erwarten, da sich der Betriebsrat mit persönlichen Angelegenheiten nicht beschäftigt. Keiner, auch der weiseste Volksbeglücker kann es allen recht machen. — Kollege Hillmer wies insbesondere noch darauf hin, daß wir unsere Bestrebungen nur durch einiges Zusammenarbeiten durchführen können. Um die sozialistische Wirtschaft durchzuführen, sei nicht nur guter Wille, sondern auch Ausdauer notwendig. So, wie wir jahrzehntelang gekämpft haben, müssen wir auch weiter kämpfen, um unsere Ziele zu erreichen. — Zum Schluß wurde noch bekanntgegeben, daß am 2. Osterfeiertag in der „Vergschlöbchen-Brauerei“ unser Verbandsvergügen stattfindet. Auch wurde einstimmig beschlossen, jeden ersten Sonntag im Monat die Versammlung daselbst abzuhalten.

Schauberg. In unserem Versammlungsberichte in Nr. 11 der „Ameise“ vom 11. März d. J. ist davon die Rede, daß es in unserer Betriebsleitung an einem Fachmann fehle. Hierzu sei berichtigen bemerkt, daß wir die Qualifikationen des Herrn von Berg nicht anzweifeln wollten. Dieser Herr wird auch von uns als Fachmann angesehen.

Schorndorf. Die am 11. März abgehaltene Zahlstellenversammlung war gut besucht. Nach Aufstellung der Vorschlagsliste zur Betriebsratswahl wurde zum neuen Lohnabkommen Stellung genommen. Dieses Abkommen befriedigt weder die Ledigen noch die Verheirateten. Ist es doch, am hiesigen Platze vorgekommen, daß eine Arbeiterin nur deshalb keine Arbeit erhalten konnte, weil dieselbe für 5 Kinder zu sorgen hat. Die Unzufriedenheit aller Kolleginnen und Kollegen mit dem neuen Abkommen kam dadurch zum Ausdruck, indem folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

„Die stetig höher werdenden Preise für alle notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel erfordern gütigst eine neue Lohnerhöhung. Die Versammlung ersucht deshalb den Hauptvorstand und die Zahlstellenvertreter, sich bei den nächsten Lohnverhandlungen dafür einzusetzen, daß eine allgemeine Lohnerhöhung erreicht wird. In der sozialen Zulage erblickt die Versammlung eine Gefahr, welche die Einheit im Verbandsverbande bedroht, und die Verammelten sind einig, daß an Stelle der sozialen Zulage eine allgemeine Lohnerhöhung zu treten hat.“

Waldhagen. Die am 6. März stattgefundene Zahlstellenversammlung war annähernd gut besucht, ein Zeichen, daß die Mitglieder

Interesse für ihre Sache gewinnen. Der Kassierer Lipp gab seinen Bericht vom 4. Quartal und wurde ihm nach dem Revisionsbericht Entlastung erteilt. Auch erfreute uns Genosse Bredow durch seinen Besuch, wo er uns über die Lohnverhandlungen in Berlin Bericht erstattete. Durch seine Ausführungen konnte man die Ueberzeugung gewinnen, daß die Arbeitervertreter voll und ganz für die Weiterentwicklung der Unternehmungen eintraten. Nicht verstehen konnte die Versammlung die Einmüßigkeit der Unternehmer angesichts ihrer Riesengewinne, nichts mehr als die soziale Zulage zu gewähren. Den Anwesenden war in der darauffolgenden Diskussion klar, daß es dem Unternehmertum darum zu tun war, einen Teil in die Geschlossenheit der Arbeiter zu treiben, was ihnen aber nicht gelingen dürfte. Gleichzeitig wurde Stellung genommen für die nächsten Lohnverhandlungen. Auch wurde beschloffen, dem Hauptvorstand nahezu legen, bei den kommenden Lohnverhandlungen einen Genossen von unserer Zahlstelle beizugeben; damit wurde G. Koch betraut. Weiter wurde die Verwaltung beauftragt, den Antrag wieder zu stellen betreffs Verletzung in Lohnangelegenheiten, da statistisch nachgewiesen werden kann, daß hier die Verhältnisse anderen Städten gleich stehen. Bezüglich der Lohnfrage wurde beschloffen, dieses Jahr gemeinsam diese mit den am besten befindlichen Gewerkschaften abzuhalten. Der Ausschuss wurde beauftragt, ernstlich an die Gründung eines Gewerkschaftsverbandes anzutreten und mit den am Orte befindlichen freien Gewerkschaften Fühlung zu nehmen, da hier mit 1000 freien Gewerkschaften gerechnet werden kann. — In der Aussprache wurden verschiedene Beschwerden vorgetragen über Nichterfüllung des Vertrages zwischen den Unternehmern. Diese werden dem Gauschiedsamt zur Entscheidung übergeben. Vorsitzender Bauer übte Kritik an der Beizugschneidung, da viele Kolleginnen und Kollegen nicht ihren Pflichtbeitrag entrichteten; letzten Endes werden nur sie die Leidtragenden sein. Auf Antrag wurden den hier im Streik stehenden Arbeitern 200 Mk. überwiesen. — Auf die mustergültige Straßendisziplin der Glasarbeiter, die sie während des Streiks an den Tagen, mit der Mahnung an die Kolleginnen und Kollegen, dieselbe Disziplin und Geschlossenheit zu bewahren, schloß der Vorsitzende die verlaufene Versammlung, dankte den Anwesenden sowie Genossen Bredow für den Besuch, und ersuchte Genossen Bredow, uns bald wieder mit seinem Besuch zu erfreuen.

Literarisches.

Ein Handbuch für Betriebsräte von Rudolf Weck, Arbeitersekretär in Königsberg in Preußen, ist soeben in der Buchhandlung Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ in Berlin C. 2 erschienen. Das Buch enthält eine nach Paragraphen geordnete Wiedergabe der bisherigen Rechtsprechung und Literatur zum Betriebsrätegesetz, wie auch das Betriebsbilanzgesetz. Die B.-O. gegen Betriebs-Abbrüche, die wichtigsten Entscheidungen zu § 12 der B.-O. vom 12. Februar 1910 bilden eine notwendige Ergänzung der Kommentare. Das Betriebsrätegesetz wird, wie jedes andere Gesetz, erst Gesetz durch seine Anwendung. Die Anwendung und Auslegung ist heute ebenso lebhaft umstritten, wie es einst das Gesetz selbst war. Erst aus der Erfahrung der aus dem Betriebsrätegesetz entstehenden Streitfälle ergibt sich ein Bild von der Bedeutung dieser Paragraphen für die Arbeiterklasse und von der Möglichkeit der Ausnutzung des Gesetzes. Wer mit dem Gesetz umgeht, muß daher wissen, wie die Auslegung der Paragraphen von den Schlichtungsorganisationen erfolgt. — An Betriebsräte, Gewerkschaften, Organisationen liefert der Verlag das Handbuch zum Preise von 10 Mk. Der Buchhandel kostet es 15 Mk. zuzügl. Feuerungszuschlag. Bestellungen richte man sofort an die Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C. 2, Breitestr. 8/9.

Die deutsche Volkswirtschaft. Von G. Gradnauer und Robert Schmidt. Preis gebunden 15 Mk., broschiert 12 Mk. Verlag „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. — Zu keiner Zeit hat die deutsche Volkswirtschaft ein so großes Interesse beansprucht als gegenwärtig. Die Frage der Neugestaltung unseres wirtschaftlichen Gefüges, um Handel und Industrie voll in Gang zu bringen und eine Besserung der Lebenshaltung des erwerbstätigen Volkes zu erlangen, sind Gegenstand ständiger Erörterung. Hier steht die deutsche Republik vor der Lösung der schwersten Aufgabe. Die Störungen in Handel und Industrie, die Arbeitslosigkeit, die hohen Warenpreise, die Entwertung unseres Geldes, die üble Finanzlage des Reiches, die ungenügende Lebensmittelversorgung bedrücken unser Volk. Wir wollen aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch die Neugestaltung formen und stoßen überall auf die verwüstenden Spuren des Krieges, die schier unüberwindliche Hindernisse aufstürmen. Das tiefere Eindringen der Allgemeinheit in die volkswirtschaftlichen Probleme ist heute eine unbedingte Notwendigkeit. Gar vielen wird deshalb ein Buch gelegen kommen, das in knapper Form eine Einführung in die deutsche Volkswirtschaft anbietet. Die beiden Verfasser haben sich weniger in theoretische Betrachtungen verfenkt, als vielmehr eine Darstellung der realen Tatsachen, der ökonomischen Entwicklung Deutschlands unter kritischer Würdigung vom sozialistischen Standpunkte gegeben. Der erste größere Teil des Buches enthält einen Geschichtsabriss der kapitalistischen Entwicklung von der primitivsten Art des Handwerks bis zu ihrer höchsten Form der Kartell- und Trustorganisationen, sowie auch der Entwicklung der Landwirtschaft, wobei die soziale Stellung der Bauern und der Landarbeiter eingehende Beachtung findet. Das Finanzkapital, der Börsen- und Bankverkehr, die Erklärung des gegenwärtigen Valutastandes kommt als ein sehr aktuelles Thema in durchaus verständlicher Weise zum Vortrag, wie auch, an ein interessantes Zahlenmaterial anknüpfend, die Riesenschritte des Handels und des Verkehrs. In einem besonderen Kapitel wird die Berufsgliederung der Bevölkerung nach dem letzten Ergebnis der Berufs- und Erwerbszählung behandelt und in die Entwicklung der Städte und in die Einkommens- und Vermögensverhältnisse in ihrer sozialen und volkswirtschaftlichen Bedeutung klarzulegen. Die Schlusssätze sind der Agrarwirtschaft gewidmet. Sie zeigen die verheerenden Wirkungen des Krieges und wie freie Wirtschaft unzertrennbar mit

dem kapitalistischen System ist. Das Buch bringt viel Anregungen auf dem Gebiete der aktuellen Fragen. So sind die Vorschläge zur Sozialisierung gewürdigt, die Aussichten für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion einer Prüfung unterworfen. Jedem, der in das Räuberwerk der deutschen Volkswirtschaft Einblick gewinnen will, sei dieses Buch, das auch ein ausgezeichnetes Nachschlagewerk abgibt, wärmstens empfohlen.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 6. Nummer des 38. Jahrgangs erschienen. — Der Preis der Nummer ist 60 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. G. Dieck Nachf., G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Quittung.

Köln. Für das frunkte Mitglied Heinrich Kann gingen ein aus folgenden Zahlstellen: Annaburg 10,—; Auma 10,—; Arzberg 15,—; Blankenhain 10,—; Berlin 20,—; Bonn 50,—; Spandau 30,—; Elsterwerda 20,—; Elberfeld 20,—; Frankfurt 10,—; Flörsheim 10,—; Gräfenhain 10,—; Grünhain 10,—; Kahla 10,—; Magdeburg 15,—; Mannheim R. 5,—; Margarethenhütte 20,—; Marktrebich 20,—; Neuhaldensleben 10,—; Passau 10,—; Potschappel 15,—; Rauenstein 10,—; Rosslau 25,—; Schirnding 10,—; Selb-Blöckberg 20,—; Schönwald 15,—; Schlierbach 25,—; Limbach 20,—; Teltow 20,—; Tiefenfurt 20,—; Weilsdorf 10,—; Walbsaffen-Walbershof 10,—; Waldburg 40,—; Windischeschenbach 20,—; Weiden, Opi., 20,—; Zwickau 10,— Mk. Summa: 605,— Mk.

Allen Kollegen den besten Dank für ihren Opfermut für das frunkte Mitglied H. Kann.

Die Zahlstelle Köln. J. A.: Ernst Stolze, Köln-Braunsfeld, Widderdorferstr. 230.

Quittung.

Für unser krankes und inzwischen verstorbenes Mitglied Gustav Urschner sind nachfolgende Gelder eingegangen von den Zahlstellen:

Mithaldensleben 15,—; Arnstadt 10,—; Arzberg 25,—; Auma 10,—; Berlin 20,—; Blankenhain 10,—; Breslau 10,—; Coburg 20,—; Colbitz 10,—; Elmshorn 25,—; Elsterwerda 20,—; Freiberg 20,—; Gräfenhain 10,—; Gräfenhain 10,—; Grünhain 20,—; Hermersdorf 20,—; Kahla 10,—; Kahle 10,—; Köppelsdorf 60,—; Konigszell 20,—; Kups 10,—; Kloster Weilsdorf 10,—; Kölner Kollegen 10,—; Laasdorf 10,—; Lützen 5,—; Limbach 20,—; Mannheim 10,—; Mengersgereuth 15,—; Meuselwitz 10,—; Magdeburg 20,—; Passau 20,—; Blankenhammer 10,—; Plau 20,—; Rauenstein 10,—; Rheinsberg 20,—; Rehau 40,—; Rosslau 25,—; Schönwald 50,—; Schleusingen 10,—; Schlierbach 25,—; Selb 75,—; Selb-Blöckberg 20,—; Sorau 50,—; Sophienau 15,—; Stadttilm 15,—; Steinbach a. W. 10,—; Teltow 20,—; Triptis 10,—; Velten 20,—; Waldburg 20,—; Walbershof 10,—; Weiskwasser 30,—; Windisch-Eschenbach 15,—; Windischfeld 20,—; Walbsaffen 10,—; Zwickau 10,— Mk. Summa: 1055,— Mk.

Die Sammlung ist geschlossen. Im Namen der Hinterbliebenen allen Gebern besten Dank.

Zahlstelle Tiefenfurt.
Der Kassierer: M. Pufe.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Berlin-Charlottenburg. Figurenbranche. Mittwoch, den 6. April, nachm. 5 Uhr, bei Wollschläger, Wolbertstr. 21.

Schildermaler. Die Branchenversammlung am 5. April fällt aus. Sollte sich eine neue Versammlung notwendig machen, erfolgt Einladung durch die Vertrauensmänner.

Hohenberg a. Eger. Sonnabend, den 2. April, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum Egertal“.

Magdeburg. Donnerstag, den 7. April, abends 7 Uhr, im „Wintergarten“, Friedrichsplatz 3.

Mannheim. Mittwoch, den 13. April, nachm. 3½ Uhr, in der Kaserne, Kronprinzenstraße.

Neuhaldensleben. Sonnabend, den 9. April, abends 8 Uhr, in Herzogs Festjalen.

Plau. Sonntag, den 3. April, nachm. 3 Uhr, im Gasthaus „Zum Adler“. Tagesordnung: „Maiseier“.

Rehau. Dienstag, den 5. April, im „Schützenhaus“.

Schleusingen. Montag, 4. April, abends 5 Uhr, im Schießhaus.

Tiefenfurt. Sonnabend, den 2. April, abends 8 Uhr, in der Brauerei.

Adressen-Änderungen.

Meuselwitz. Vorsitzender Paul Sandig wohnt Bienenstr. 11, Parterte.

Zahlstelle Golditz!

Das Auszahlen der Erwerbslosenunterstützung erfolgt nur noch Sonnabends von ½6 bis ½8 Uhr abends, Sonntags von 12 bis 2 Uhr nachmittags.

Der Kassierer: Arthur Secht.

Zahlstelle Meuselwitz.

Auszahlung der Unterstützung nur Sonnabends von 4 bis 5 Uhr nachmittags.

Der Kassierer: Konrad Koller, Injelsstr. 19, II.

Dank.

Den Kolleginnen und Kollegen von der Zahlstelle Köppelsdorf und Umg. für die mir zuteil gewordene Unterstützung meinen wärmsten Dank. Oskar Wittig, Steinach (S. W.).

An die Zahlstellentassierer!

Für die Erhebung der Beiträge durch Unterkassierer waren seit 1. Januar 1920 kleine Registerkarten und Abrechnungslisten eingeführt worden. Aus allen Teilen des Verbandsgebietes kamen jedoch zahlreiche Zuschriften, in denen lebhaft darüber geklagt wurde, daß den Unterkassierern durch das neue System bedeutend mehr Arbeit aufgebürdet worden ist als früher, und es wurde stets der Wunsch ausgesprochen, zur Erhebung der Beiträge doch wieder das Unterkassiererbuch einzuführen.

Diesem vielfach geäußerten Wunsche ist nun endlich Rechnung getragen worden, indem wieder ein Buch zur Einführung gelangt. Nachdem das zur Einführung gelangende Buch vorher den Kassierern der elf größten Zahlstellen zur Begutachtung vorgelegt worden ist und deren Wünsche die größtmögliche Berücksichtigung gefunden haben, darf wohl mit Sicherheit erwartet werden, daß das Buch allen gestellten Anforderungen gerecht werden und den Unterkassierern die Arbeit wesentlich erleichtern dürfte, so daß dieselben ihre Funktionen wieder mit der alten Lust und Liebe ausüben werden.

Es ist aber zu beachten, weil nun die bisherige Abrechnungsliste in Wegfall kommt, daß für jeden Unterkassierer zwei Bücher ausgestellt werden müssen, die er beim Kassieren der Beiträge umwechselnd benutzt, denn der Unterkassierer muß bei der Abrechnung mit dem Zahlstellentassierer diesem nicht nur die einzufassierten Beiträge, sondern auch das Buch abliefern. Dadurch wird dem Zahlstellentassierer erst die Möglichkeit geschaffen, die von den einzelnen Mitgliedern gezahlten Beiträge in die Kartothekkarte eintragen zu können. Während das Buch beim Zahlstellentassierer ist, benutzt der Unterkassierer das zweite Buch zur Erhebung der Beiträge.

Die Anzahl der Mitglieder, die jedem Unterkassierer zugeteilt ist, ist auch sehr verschieden, weshalb auch die Unterkassiererbücher in verschiedenen Stärken hergestellt worden sind, und zwar:

Format 1 berechnet für 100 Mitglieder

" 2	"	"	150	"
" 3	"	"	200	"
" 4	"	"	300	"

Ich ersuche nunmehr die Zahlstellentassierer, die Bestellung auf Unterkassiererbücher umgehend einzusenden und dabei folgendes beachten zu wollen, daß

1. die Gesamtzahl der Unterkassierer angegeben werden muß;
2. für jeden Unterkassierer zwei Bücher bestellt werden müssen und
3. angegeben werden muß, wieviel Exemplare von jedem Format benötigt werden.

Wilhelm Herden.

Sterbetafel.

Bonn. Leonhard Stuch, Lagerarbeiter, geboren am 13. September 1875, gestorben am 29. Januar an Grippe und Lungenentzündung. Mitglied seit 1919.

Freiberg. Richard Körner, geboren am 18. August 1881, gestorben am 15. März an Lungenentzündung. Mitglied seit 1919.

Gotha. Heinrich Reinhardt, Pader, geboren am 12. Dezember 1862, gestorben am 16. März an der Grippe. Mitglied seit 1918.

Gräfenhal. Marie Scheiding, Maffeträgerin, geboren am 26. Januar 1878, gestorben am 19. März an Unterleibsleiden. Mitglied seit 1919.

Koppelsdorf u. Umg. Christian Menninger, Dreh., geboren am 4. April 1868 in Schaumberg, gestorben am 12. März an Lungenentzündung. Mitglied seit 1895.

München. Margarethe Geiler, Puzerin, geboren am 17. Juli 1873, gestorben am 14. März an Lungenentzündung. Mitglied seit 1905.

Schmiedeberg-Erdmannsdorf. Gust. Ritzler, Stanger, geboren am 15. Mai 1867 in Halkenhain, gestorben am 15. März an Gehirnerschütterung infolge eines Betriebsunfalles. Mitglied seit 1919.

Schramberg. Bernhard Schwarz, Dreher, geboren am 18. Mai 1900 in Unterharmerzbach, gestorben am 13. März an den Folgen einer Halsoperation. Mitglied seit 1920.

Unterweißbach. Toni Bed, Paderin, geboren am 18. Oktober 1902, gestorben am 10. März durch Mörderhand. Mitglied seit 1919.

Salzburg. Auguste Meirich, geboren am 9. September 1852 in Willkau, gestorben am 26. Februar an Herzschlag. Mitglied seit 1919.

— Gertrud Schüllig, Blättermacherin, geboren am 18. März 1906, gestorben am 3. März an Gehirnhautentzündung. Mitglied seit 1920.

— Elie Weßner, Blättermacherin, geboren am 23. März 1904, gestorben am 5. März an Lungenentzündung. Mitglied seit 1918.

Ehre ihrem Andenken!

Zubehörmarkt.

Überholte von uns angefertigte Arbeit beiliegend, werden nicht weiter beordert.

Porzellan- und Glaswaren, auch im Glasieren und Kapplidrehen beauftragt, werden schnell und zu billigen Preisen gefertigt.

Offerten erbeten unter H. N. an die Redaktion der „Ameise“.

Besteller, unverheirateter Herrgänger wird sofort eingestellt. Zwickauer Porzellanfabrik, Zwickau, Sa.

Ich suche per 1. April für meine Porzellan- und Glasmalerei eine tüchtige Kraft, welche imstande ist, Porzellan sowie Glas zu malen und zu brennen. Bewerber wollen sich unter Angabe der Gehaltsansprüche melden an Westf. Porzellan- und Glas-Niederlage, H. Hoffmann, Dortmund.

Porzellanfabrik der technischen Branche sucht per sofort ein geübten Schleifer zum Einbohren von Sähen und Buchsen. Stelle angenehm und dauernd. Wegen Wohnungsmangel Ledige bevorzugt. Offerten unter „B. 3“ an die Redaktion der „Ameise“.

Scheibenmobellieur und Einrichter für Gebrauchsgeschirr und Luxusgegenstände, perfekt im Abgießen und Einrichten, sucht gute zahlte, dauernde Stellung. — Zeugnisse stehen zur Verfügung. Gefl. Offerten unter „Scheibenmobellieur“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Mehrere tüchtige Feller- und Fassendreher, Garnierereimesser, Gießer und Fertigmacherinnen werden von einer süddeutschen Steingutfabrik sofort eingestellt.

Offert. unter „L. 86“ zu richten an die Redakt. der „Ameise“.

Geschäfts-Anzeigen.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Nische, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle. Darum schickt alles zu

A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen. Bestehtes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung. Man verlange Prospekte.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Nische — Pinsel — Flaschen — Malrückstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II. Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Goldschmiere, Goldlappen, Goldflaschen und alle in der Golderei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen bei schneller und reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtkm i. Th.

Die billigen Schuhe für Fabrikarbeiter sind Hüttenschuh — Segeltuchoberteil, Ledersohle u. Zwickel. — Recht vorteilhaft kaufen Sie außerdem warme Schuhe u. Pantoffel f. d. Straße u. Haus, Turmschuhe. Sämtl. Lederschuhwaren in nur guten Qualität, billigst. Bei Sie illust. Preisliste gratis. Bei Sammelaufträgen entspr. Rabatt. A. Meise, Schuhverlag u. Pantoffelfabrik, Weiskauer (D.-L.).

Sämtliche Pinsel für Porzellanmaler und Dreherei, sowie Drehereimesser, Hornspachteln, Holzspachteln für Druckerei, u. Pinselstiele liefert Paul Materne, Schönwald in Oberfranken.

Goldhaltige Lappen — Nische — Schmiere Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr), überhaupt alle Malrückstände und ausgebranntes Gold kauft die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-A., Bönisch-Platz 17.

Unentbehrlich für jeden Pfeifentraucher ist mein Pfeifen-Dampfreinigungs-Apparat, D. R. G. M. 111. 111. 111. Angemeldet zum D. R. P. Muster gegen Einsendung von 5 Mk. Bei Abnahme von 20 Stück per Stück 3,50 Mk.

Max Geitner, Eisenberg, S.-A., Carolinenstr. 11.

Der schlechte Markkurs und der Mangel an Levantiner und Zymocasschwämmen bedingt sofortigen Einkauf

Offerierte Zymocca-Levantiner Schwämme zu 4, 11, 18, 25, 28, 35 und 50 Mk. per Stück für Dreher, Glasur, Brennerei, Druckerei; Hardheadschwämme, runde glatte Form, kleine 100 Stück 125 Mk., mittlere 100 Stück 550 und 650 Mk.; gepresste mittlere flache Hardheadschwämme, das Kilo 80 Stück enthaltend, 200 Mk.; große gepresste prima Hardheadschwämme das Kilo, 40 Stück enthaltend, für Steingutfabriken, 350 Mk.; echt griechische Pferdeschwämme, kleine 6 Mk., mittlere 18 Mk., große 30 bis 50 Mk. pro Stück. Abgabe nur in ganzen kleineren und größeren Posten.

S. Michelsohn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Brenzlauserstr. 11.

Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art

Ergr.
1895.
Best.
Bedien.



Gold-,
Platina-,
Silber-,
preis
auf
Antrags

Seit 1. April 1920, Zwickau, Osterweihstr. 32

Geräte u. Werkzeuge für Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Köpenickerstr. 1. Druck von E. Janiszewski, Berlin S. O., Elisabeth-Ufer 25/26.